

Presseinformation

Neue EEG-Vorschläge nicht akzeptabel für Ernährungsindustrie

BVE fordert Nachbesserungen

Berlin, 02.04.2014. Die in dieser Woche vorgelegten Vorschläge zur Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hätten für zahlreiche stromintensive Unternehmen der Ernährungsindustrie erhebliche negative Auswirkungen. Die BVE fordert deshalb von der Bundesregierung Änderungen bei den Kriterien, die für die Inanspruchnahme der Besonderen Ausgleichsregelung zu erfüllen sind. Dies hat die BVE auch im Rahmen einer Stellungnahme an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie deutlich gemacht.

Wichtige Teilbranchen der Ernährungsindustrie, wie die Fleisch-, Geflügel-, Mühlen-, Teigwaren-, Cerealien-, Würzmittel-, Feinkost-, Mineralbrunnen-, Zucker-, Speiseeis- und Süßwarenbranche sowie die kartoffelverarbeitende Industrie, sind derzeit noch nicht berücksichtigt. „Insgesamt würden über 300 Betriebe mit rund 65.000 Beschäftigten aus der derzeitigen EEG-Umlagebefreiung fallen“, erklärt Hauptgeschäftsführer Christoph Minhoff. „Aufgrund der niedrigen Margen in der Lebensmittelbranche und der starken internationalen Verflechtung wäre die Wettbewerbsfähigkeit und Existenz vieler Betriebe gefährdet.“

Bundeskanzlerin Merkel mahnte im Anschluss an den gestrigen Energiegipfel, dass alles getan werden müsse, damit keine Arbeitsplätze verloren gehen. Da die nationale EEG-Ausgestaltung in wichtigen Teilen EU-Vorgaben folgen muss, fordert die BVE daher Wirtschaftsminister Gabriel auf, sich bei seinem heutigen Treffen mit EU-Wettbewerbskommissar Almunia in Brüssel ehrgeizig für die betroffenen Branchen und Unternehmen der Ernährungsindustrie einzusetzen.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Christoph Minhoff
Hauptgeschäftsführer
Tel. 030-200786-135
Email: cminhoff@bve-online.de